

Antisemitismus-Meldestelle für zwei Jahre

Die Zahl antisemitischer Vorfälle ist 2024 stark angestiegen. SP Aargau fordert vom Kanton, konsequentes Vorgehen gegen Judenfeindlichkeit.

Claudia Meier

Jüdinnen und Juden in der Schweiz fühlen sich weniger sicher. Der Antisemitismus-Bericht 2024 des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) und der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) zählt landesweit 221 antisemitische Vorfälle in der realen Welt. Im Online-Bereich wurden letztes Jahr 1596 Vorfälle registriert.

Auch an einer Aargauer Bezirksschule wurde schon ein jüdischer Jugendlicher übel beschimpft und geschlagen. Im vergangenen Sommer soll ein Schüler in Suhr auf dem Heimweg verprügelt und als «Sauju» beschimpft worden sein.

Der Aargau ist Heimat jüdischer Gemeinden

Für die SP Aargau zeichnet der jüngste Antisemitismus-Bericht ein «erschreckendes Bild». Die Partei verurteilt jede Form von Antisemitismus aufs Schärfste. Ein entscheidender Schritt zu dessen Bekämpfung sei die kürzlich in Zusammenarbeit mit dem SIG eingerichtete Antisemitismus-Meldestelle im Kanton Aargau. «Diese ermöglicht es Betroffenen, Vorfälle zu dokumentieren und Unterstützung zu erhalten», schreibt die Partei in einer Mitteilung.

Mit dieser niederschweligen Meldestelle wurde eine Forderung von SP-Co-Präsident Stefan Dietrich erfüllt. «Nur wenn wir solche Vorfälle sicht-



Seit dem 7. Oktober 2023 wurden mindestens zwei jüdische Schüler im Aargau attackiert. Symbolbild: Imago

bar machen, können wir auch wirksam dagegen vorgehen», hält Grossrat Dietrich fest.

Aus seiner Sicht trägt der Kanton Aargau eine besondere Verantwortung: «Seit Jahrhunderten ist der Aargau Heimat jüdischer Gemeinden, die wesentlich zur kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung beigetragen haben.» Der SPler ergänzt: «Jüdische Menschen haben – wie alle anderen auch – das Recht, in Sicherheit, Frieden und Freiheit in der Schweiz zu leben, ohne Angst vor Anfeindungen, Diskriminierung oder Gewalt.»

Der Kanton Aargau hat den Auftrag für diese Meldestelle in einer Pilotphase zunächst für die Jahre 2025 und 2026 an den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund vergeben. Analog anderer mitfinanzierenden Kantone liegt das Kostendach für den Leistungsvertrag bei 10'000 Franken pro Jahr. Zuvor lag die Zuständigkeit in diesem Bereich bei der Anlaufstelle Integration Aargau.

Anlass für diese Ergänzung seien die aktuellen Entwicklungen bezüglich Antisemitismus in der Schweiz, insbesondere mit

Blick auf die seit Ende 2023 allgemein verschlechterte Ausgangslage im Kontext des Nahostkonflikts, hält der Sprecher vom zuständigen Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) fest. Behörden und Institutionen könnten bei Fragen rund um das Thema Antisemitismus gezielter unterstützt und der Wissenstransfer verbessert werden.

Wie viele Fälle bisher gemeldet wurden, kann das DVI nicht sagen, weil im März 2026 für das Jahr 2025 zum ersten Mal kantonsspezifisch Bericht erstattet werde. Die generelle Aus-

wertung wird auch in den Antisemitismus-Bericht einfließen. Das Meldeformular SIG für antisemitische Diskriminierungsfälle ist auf der Website von Integration Aargau verlinkt.

Auseinandersetzung mit Ereignissen ist zentral

Neben der Meldestelle braucht es laut der SP Aargau präventive Massnahmen, etwa verstärkte Bildungsangebote an Schulen, gezielte Sensibilisierungskampagnen sowie ein konsequentes Vorgehen gegen Hassrede im Internet.

Das sieht Marianne Binder ähnlich. Die Aargauer Mittelständlerin macht sich schon länger für ein Verbot von Nazi-Symbolen im öffentlichen Raum stark. Auf der Online-Plattform X schreibt Binder: «In Zeiten galoppierender Geschichtslosigkeit plädiere ich dafür, den Geschichtsunterricht nicht mehr in der Steinzeit zu beginnen, um knapp zur Aufklärung zu gelangen, sondern vorwiegend die letzten 150 Jahre zu behandeln, um nicht in der Steinzeit zu landen.»

Sie stört sich daran, dass «viele nicht mehr bereit sind, sich mit den tatsächlichen Ereignissen auseinanderzusetzen». Wer Blödsinn ohne reale Grundlage verbreite, verfälsche die Wirklichkeit. «Die jüdischen Menschen erlitten einen Genozid, den Hitler ankündigte und begründete. Man liess ihn gewähren», sagt Binder. Wenn man sich frage, wie der Zweite Weltkrieg passieren und die

Deutschen in aller Freiheit einen Diktator wählen konnten, dann bekommen man heute teilweise Anschauungsunterricht. «Es geschieht durch die jahrelange Zermürbung der Menschen durch Propaganda und das Ausblenden der Fakten», ist die Ständerätin überzeugt. Dieser könne nur durch Aufklärung und Wissen begegnet werden.

Auf ihren Post auf X bekam Marianne Binder «enorm viele» Reaktionen. Die Idee, den Geschichtsunterricht von hinten aufzurollen und die Neuzeit zu beleuchten, habe offensichtlich Anklang gefunden. «Man kann aus der Geschichte nur lernen, wenn man sie kennt.» Die heutige Vernachlässigung des Geschichtsunterrichts sei ein Faktum. Das müsse man mit den Schulen diskutieren.

«Wenn wir solche Vorfälle sichtbar machen, können wir dagegen vorgehen.»

Stefan Dietrich
Co-Präsident, SP Aargau